

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Umweg über Preußen.

In Preußen entscheidet sich auch das Schicksal der Reichsregierung.

In der Angelegenheit der Regierungsbildung ist im Laufe des heutigen Vormittags keine Aenderung eingetreten. Das Reichskabinett hielt eine Sitzung ab, in der es sich mit der Note der Alliierten über die Kölner Zone und mit Handelsvertragsfragen beschäftigte.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung auch im Reich ist die heutige Nachmittagsitzung des preussischen Kabinetts. In ihr muß es sich entscheiden, ob die Zentrumsmehrheit, dem Beispiel der Volksparteier folgend, gleichfalls zurücktreten oder ob sie dem Ministerpräsidenten Braun die Gelegenheit bieten werden, mit einer immer noch fast vollständigen Regierung vor dem Landtag zu treten.

Sollte der Angriff der Deutschnationalen in Preußen mißlingen, so wäre auch im Reich der Weg zu einer Regierung, die den bisherigen Kurs der Mitte unter der Flagge einer „überparteilichen“ Regierung weiterführt, voraussichtlich frei.

Die Volkspartei in Preußen.

Nicht die Fraktion, aber die Minister...

Der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag, Abg. Dr. v. Campe, hat dem preussischen Ministerpräsidenten versichert, daß dieser Fraktion eine PreSSION auf die Staatsregierung, um ihren Rücktritt herbeizuführen, durchaus fern liege. Nicht die Fraktion der Deutschen Volkspartei ziehe ihre beiden Vertreter in der Staatsregierung, Unterrichtsminister Boelke und Finanzminister v. Richter, aus dem Kabinett zurück, sondern diese beiden Minister zögen lediglich die Konsequenzen aus ihrer staatsrechtlichen Auffassung, daß die Staatsregierung

nach den Neuwahlen zurücktreten müsse. Uebrigens ist ein Rücktritt der beiden Volksparteilichen bis zur Stunde nicht erfolgt, und sie werden auch an der Sitzung des gesamten Staatsministeriums teilnehmen, die heute nachmittags 5 Uhr beginnt und die Beschluß fassen soll über die Auslegung des Artikels 55 der Preussischen Verfassung, nämlich über die Frage, ob das Staatsministerium von sich aus zurücktreten müsse.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat im Preussischen Landtag eine Große Anfrage über die Zustände bei der Staatsbank eingebracht. Diese Anfrage richtet sich an die oberste Aufsichtsbehörde der Staatsbank, den preussischen Finanzminister. Das ist Herr von Richter, Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Herr von Richter aber will nicht mehr. Er will aus der Regierung heraus. Seine Fraktion fordert Verantwortung von der Regierung — er aber, der in der Regierung die Verantwortung für die Staatsbank trägt, will vor der Beantwortung der Anfrage aus „staatsrechtlichen Gründen“ aus der Regierung ausscheiden.

Aus der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte in ihrer Vormittagsitzung die Genossen Hermann Müller und Dittmann wieder zu ihren geschäftsführenden Vorsitzenden. Ebenso wurden die bisherigen Fraktionsvorstandsmitglieder Crispian, Dismann, Henke, Hochhildenbrand, Hilferding, Herß, Marie Juchacz, Löbe, Scheidemann, D. Schumann, Stampfer und Wels wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden die Genossen Aufhäuser und Graßmann.

Interalliierte Finanzkonferenz.

Das Programm der Beratungen.

Paris, 6. Januar. (Eca.) Die wichtigsten Fragen, die auf der Tagesordnung der morgen beginnenden interalliierten Finanzministerkonferenz stehen, können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die Bilanz der Ruhrfraktion. Es handelt sich bei diesem Punkt darum, ob die Kosten der Ruhrfraktion von den aus ihr gemachten Einnahmen bestritten werden können, oder ob diese Einnahmen in ihrer Gesamtheit allen Alliierten gemeinsam zufallen und ob Frankreich und Belgien allein imstande sind, einen Teil der Kosten der Ruhroperationen zu tragen.

2. Die Aufteilung der als erste Annuität des Dawes-Planes für die Dauer vom 1. September 1924 bis 31. August 1925 zu zahlenden 1 Milliarde Goldmark. Bei dieser Gelegenheit wird man voraussichtlich auch auf die Verteilung der späteren Zahlungen zu sprechen kommen und die Frage des Verteilungsschlüssels, die im Jahre 1920 auf der Konferenz von Spaas geregelt wurde, wieder aufrollen.

3. Die Forderung der Vereinigten Staaten, die bekanntlich verlangen, daß sie für ihre Kriegsschäden an den deutschen Reparationszahlungen beteiligt werden. Frankreich, Belgien und Italien haben im Prinzip erklärt, daß sie, von reinen Gerechtigkeitsgesichtspunkten ausgehend, hiermit einverstanden sind. England hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen, sondern beruft sich auf die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten den Verkeilten Vertrag nicht ratifiziert haben und infolgedessen auch keinen Anspruch aus diesem Vertrage haben.

4. Die Frage des Verteilungsschlüssels. Frankreich, Belgien und Italien erkennen zwar an, daß Amerika Anspruch auf Anteile aus den deutschen Zahlungen hat, erklären jedoch, daß ihr prozentualer Anteil hierdurch nicht verringert werden dürfe. Infolgedessen müsse der prozentuale Anspruch der übrigen Alliierten aus den deutschen Zahlungen verringert werden.

Scharfe amerikanische Note an England

London, 6. Januar. (W.B.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus New York hat Staatssekretär Hughes eine energische Antwort auf die letzte britische Note betreffend die Beteiligung der Vereinigten Staaten an deutschen Reparationen abgegeben. Er bekräftigte aufs neue Amerikas Auffassung, daß vom juristischen Standpunkt aus wie auch aus Billigkeitsgründen Amerika das Recht habe, einen Anteil an den von Deutschland geleisteten Zahlungen zu erhalten.

Aufnahme der Nichträumungsnote.

Aussagen der französischen Presse.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die überreichte Note der Vorkonferenz wird von der Mehrzahl der Pariser Morgenblätter ohne jeden Kommentar abgedruckt. Auch die Organe der Linken enthalten sich eigener Äußerungen, nur die „Ere Nouvelle“ findet, daß die alliierten Regierungen in ihrer Entscheidung „eine anerkanntenswerte Maßnahme“ an den Tag gelegt hätten, daß die Schlussfolgerungen der Note unwillkürlich seien und daß man in Deutschland sicherlich nicht behaupten könne, daß sie eine Provokation darstelle. Das „Journal“ weist darauf hin, daß die Note in der Fassung des Absatzes 4 der die Aufzählung der angeblichen deutschen Verfehlungen mit den Worten einleitet: „Wenn man nur den Teil V des Vertrages in Betracht zieht“, den wichtigen Vorbehalt enthalte, daß Deutschland auch noch auf anderen Gebieten die Voraussetzungen des Artikels 23 nicht erfüllt habe. Die Alliierten hätten sich damit ausdrücklich das Recht vorbehalten, die Nichträumung der Kölner Zone gegebenenfalls auch noch mit anderen deutschen Verfehlungen zu begründen.

Recht und Richter.

Juristische Betrachtungen über den Magdeburger Prozeß.

Von Otto Landsberg.

In die Hände des Richters ist die Entscheidung über die höchsten Güter und Rechte des Menschen gelegt. Die menschliche Unvollkommenheit, die er so wenig überwinden kann wie ein anderer Sterblicher, schließt es aus, daß seine Urteile stets der Gerechtigkeit entsprechen. Damit müssen wir uns abfinden. Dreierlei aber sind wir berechtigt von dem Manne zu fordern, der Recht zu sprechen berufen ist, den Willen zur Unparteilichkeit, die Kenntnis des objektiven Rechtes und logisches Denken.

Ich will heute nicht untersuchen, ob das Magdeburger Schöffengericht im Prozeß gegen Rothardt der ersten dieser drei Aufgaben gerecht geworden ist, obwohl ein Aufsatz, den der Geheimrat Justizrat Dr. Wolff in der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht, mich dazu reizen könnte. Herr Geheimrat Wolff ist nämlich der Ansicht, daß die Magdeburger Prozeßleitung Sympathien für den Nebenkläger hat erkennen lassen. Er begründet seine Meinung hauptsächlich damit, daß das Gericht, obwohl es juristischen Landesverrat für erwiesen erachtete und den Angeklagten lediglich aus § 185 RStGB wegen formeller Beleidigung schuldig sprach, ihn nicht von der Anklage aus § 186 RStGB, ausdrücklich freigesprochen und daß es ihn ferner nicht gemäß § 466 RStGB, mit den durch die Anklage aus § 186 RStGB, erwachsenen Kosten verschont hat. Der Herr Geheimrat Justizrat weiß also nicht, daß die von ihm angezogene Kostenbestimmung sich nur auf Fälle bezieht, in denen ein Angeklagter mehrerer selbständiger Straftaten bezichtigt und einer oder mehrerer von ihnen nicht schuldig befunden worden ist, und er weiß nicht, daß von einer Mehrheit strafbarer Handlungen bei einem Zeitungsaußsage nicht die Rede sein kann, der nach der Anklage sowohl gegen § 185 wie gegen § 186 RStGB verstoßt. Eine einzige Handlung, die gegen das gleiche Rechtsgut wie die Ehre eines Mannes verstoßt, ist und bleibt eine einzige Straftat, auch wenn sie unter verschiedene Paragraphen des Strafgesetzbuches fällt. Der alte Juristenscherz, daß der Titel „Geheimer Justizrat“ mitunter zum Ausdruck bringen solle, daß dem Titular die Justiz ein Geheimnis sei, scheint der tatsächlichen Grundlage nicht zu entsprechen. Jedenfalls kann man dem Magdeburger Schöffengericht zu der Anerkennung aus dem Munde des Herrn Geheimen Justizrats Wolff nur sein Belieben aussprechen.

Der Zweck dieser Zeilen ist, zu prüfen, ob das Schöffengericht Magdeburg die zweite und dritte der drei Aufgaben erfüllt hat, die ich dem Richter in den Eingangsworten gestellt habe. Die Frage ist zu verneinen. Die Heranziehung des § 186 RStGB war ein Fehler gegen das Recht und läßt einen befremdlichen Mangel an Vertraulichkeit mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts erkennen. Der Zeitungsaußsage Rothardts enthielt lediglich Werturteile, aber keine unter § 186 RStGB fallende, also des Wahrheitsbeweises fähige Tatsache. Er verließ sich nicht auf § 185, nicht auch gegen § 186 RStGB. Die Tatbestände beider Paragraphen unterscheiden sich dezart, daß der erste von ihnen ein der Ehre eines anderen abträgliches Urteil bestraft, während der andere die Behauptung von Tatsachen ahndet, auf Grund deren andere Personen zu einem solchen Urteil gelangen können. Rothardt hatte in seiner Zeitung einen offenen Brief des bekannten Senfser abgedruckt und sich zu eigen gemacht, in dem der Reichspräsident also angeredet wurde:

„Durch das Botschafts-Telegraphenbureau lassen Sie die Nachricht verbreiten, daß Sie den Strafantrag gegen mich zurückzogen, obwohl ich Sie des Landesverrats beschuldigt habe. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit stelle ich fest, daß ich diese Beschuldigung in dem gegen mich eingeleiteten Strafverfahren bis zu dessen Ende aufrecht hielt und den Wahrheitsbeweis antrat, dessen vollkommene und erfolgreiche Durchführung durch die Zurücknahme des Strafantrages von Ihnen vereitelt wurde. ... Unter diesen Umständen ist es für den Bestand der deutschen Republik ... eine gefährliche Belastungsprobe, wenn ein Mann an ihrer Spitze bleibt, der den Vorwurf des Landesverrats, einerlei aus welchen Gründen, auf sich sitzen läßt. Ich richte deshalb die Frage an Sie: „Wann treten Sie zurück?“ Diesem Brief hatte Rothardt aus eigenem die Worte hinzugefügt: „Beweisen Sie doch, Herr Ebert, daß Sie kein Landesverräter sind.“

Konkrete Tatsachen, in denen ein Landesverrat zu finden sei und durch die er bewiesen werden soll, sind also in dem Aufsatz nicht behauptet, wenn er auch durch tatsächliche Vorgänge veranlaßt ist. Der Fall lag juristisch genau so, wie wenn jemand, der sich von einem Richter ungerecht behandelt glaubt, diesem den Vorwurf der Parteilichkeit macht. Fügt er seiner Beschuldigung Tatsachen hinzu, durch die er sie beweisen zu können vermeint, so fällt seine Tat nach der Rechtsprechung des höchsten Gerichtes unter § 186 RStGB. Sieht er davon ab, so kann eine Verurteilung lediglich aus § 185 RStGB erfolgen. Das Magdeburger Urteil erkennt selbst an, daß der Aufsatz Rothardts bestimmte Tatsachen, die das Verbrechen des Landesverrats darstellen sollen, nicht behauptete.

Statt daraus den richtigen Schluß zu ziehen, daß ein Vergehen gegen § 186 RStGB nicht in Frage kommt, hat das Gericht sich für verpflichtet erachtet, an der Hand von Beweisunterlagen, die der Angeklagte erst im Laufe des Prozesses gestellt hat, das ganze Verhalten des Beleidigten während des Krieges zu untersuchen und die Richtigkeit von Behauptungen nachzuprüfen, von denen in dem Zeitungsaußsage nicht mit einem Wort die Rede war.

Dies ist jedoch nicht der schwerste Vorwurf, der dem Magdeburger Gericht zu machen ist, denn Ebert und seine Be-

Krise der Pariser Verhandlungen.

Die Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abbruch?

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl die deutsche Antwort auf den jüngst von den französischen Unterhändlern überreichten Entwurf eines provisorischen Abkommens noch nicht erfolgt ist, spricht die gesamte französische Presse am Dienstag morgen von einem Abbruch der Verhandlungen, den sie auf die deutsche Absicht zurückführt, auf wirtschaftlichem Gebiete Repressalien für die Nichträumung der Kölner Zone zu ergreifen. So schreibt der „Matin“, die deutsche Regierung suche einen Druck auf Frankreich auszuüben, indem sie vom 10. Januar ab die französische Ausfuhr und insbesondere die Ausfuhr des löschringischen und saarländischen Eisens unterbände. Diese Situation werde zwar die eschäftlich-englische Industrie, die in Deutschland ihren Hauptabnehmer habe, für einige Zeit in beträchtliche Schwierigkeiten verlegen, in den unterrichteten Kreisen aber sei man der Auffassung, daß es sich auf deutscher Seite keineswegs um endgültige Entschlüsse, sondern nur um ein taktisches Manöver handle. „Journal des Industriellen“ schreibt, es sei klar, daß die deutsche Regierung sich der wirtschaftlichen Waffe zu bedienen suche, um Frankreich in der Kölner Frage zum Nachgeben zu zwingen, und sie halte diese Waffe für umso wirksamer, als ein Tarifkrieg in erster Linie Elsass-Lothringen treffen werde, wo die französische Regierung sich auch auf anderen Gebieten gewisse Schwierigkeiten geschaffen habe. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die alliierten Finanzminister, die am Mittwoch in Paris zusammentreten, außerhalb des Rahmens der Konferenz Gelegenheit finden werden, sich über die wirtschaftliche Situation zu unterhalten.

Schwerindustrielle Sabotage.

Paris, 6. Januar. Wie der Pariser Vertreter des W.B. erzählt, sind die Nachrichten in der französischen Presse zutreffend, noch denen die deutschen Sachverständigen der Schwerindustrie ihren französischen Kollegen mitgeteilt haben, daß ihnen bei der Unsicherheit der Lage eine Fortführung der auf den 7. Januar in Aussicht genommenen ersten Wirtschaftsverhandlungen augenblicklich nicht möglich erscheine. Doch würde ein Vertreter der Schwerindustrie zum verabredeten Termin in Paris eintreffen, um bei den Delegationsoverhandlungen als Sachverständiger die erforderlichen Ratschläge zu geben.

Uebetriebene Alarmnachrichten.

Paris, 6. Januar. (Eca.) Die französische Presse verbreitet über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen alarmierende und zum Teil durchaus unrichtige Nachrichten. So erklärt der „Matin“ in einem sensationell aufgemachten Artikel, Deutschland habe die Wirtschaftsverhandlungen unterbrochen und werde am 10. Januar Frankreich einen Tarifkrieg erklären. Kechnliche Behauptungen finden sich auch in anderen Blättern. Obwohl die Lage der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen weiter kritisch bleibt, ist die Behauptung, daß deutscherseits ein Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei, absolut unrichtig. Die beiden Delegationen werden ganz im Gegenteil weiter miteinander verhandeln. Der französische Vorschlag für einen modus vivendi hatte es notwendig gemacht, daß die deutsche Delegation neue Instruktionen in Berlin einzog. Diese Instruktionen werden, wie bereits gemeldet, wahrscheinlich heute in Paris vorliegen und der deutschen Delegation gestatten, auf den französischen Vorschlag zu antworten.

treter haben die Zulassung des Wahrheitsbeweises, die bei Anwendung des § 185 RStGB. im vorliegenden Falle abzusehen gewesen wäre, nicht nur nicht verhindert, sondern im Bewußtsein der Reinheit ihrer Sache sogar begrüßt. Das Urteil läßt aber ferner einen erstaunlichen Denkfehler erkennen. Bei der Verkündung gab der Vorsitzende als die Ansicht des Gerichtes kund, daß der Wahrheitsbeweis geführt sei, weil in juristischer Beziehung der Vorwurf des Landesverrats bewiesen sei. Die Frage des Wahrheitsbeweises sei, so erklärte der Vorsitzende, nur juristisch zu entscheiden, nicht politisch, historisch oder moralisch. Diese Rechtsauffassung ist unhaltbar. Im Verleumdungsprozeß hat der Angeklagte den Beweis der Wahrheit derjenigen Tatsachen zu führen, die er behauptet hat. Rothardt hat dem Reichspräsidenten nicht Landesverrat im juristischen Sinne vorgeworfen, sondern, wofür ein solcher Unterschied überhaupt gemacht werden kann, auch im moralischen. Daß aber im moralischen Sinne Landesverrat nicht vorliegt, hat das Gericht bei der Aufzählung der für das Strafmaß bestimmenden Gründe ausdrücklich anerkannt. Denn der Vorsitzende hat ausgesprochen, daß bei der Strafzumessung erschwerend berücksichtigt werden sei und habe berücksichtigt werden müssen, daß der Beweggrund Eberis für den Eintritt in den Streikausfluß und für die Tätigkeit, die er dort entwickelt hat, erwiesenermaßen der gewesen sei, Deutschland einen Dienst zu erweisen; aus diesem Grunde habe der Angeklagte ihm nicht im moralischen Landesverrat vorwerfen dürfen. Auch vom Standpunkte des Gerichts aus dürfte also der Wahrheitsbeweis nicht für geführt erachtet werden. Daß im übrigen das Verbrechen des Landesverrats den Willen des Täters, die Kriegsmacht Deutschlands zu schädigen, zur Voraussetzung hat, und daß Ebert diesen Willen nach den Urteilsfeststellungen selbst gehabt hat, ist bei der Besprechung des Urteils von namhaften Juristen so oft herorgehoben worden, daß darüber nicht weiter gesprochen zu werden braucht.

Für diejenigen, die ein in jeder Hinsicht unhaltbares, sich selbst widersprechendes Urteil, dessen Unmöglichkeit klar erkennbar ist, zum Ausgangspunkt eines wahrlich nicht auf moralischen Gründen beruhenden Feldzuges gegen den Reichspräsidenten machen, kann man nur das Mitleid aufbringen, das man denen schuldet, die bei der Verteilung von Verstand oder Anstand zu kurz gekommen sind.

Volkspartei und Reichspräsident. Heimliche Wählerzettel.

Die Deutsche „Volkspartei“ gibt seit kurzer Zeit für den Wahlkreis 3 (Teltow-Beeskow-Charlottenburg) unter dem Namen „National-Echo“ ein besonderes Nachrichtenblatt heraus. Nr. 15 des Blattes vom 2. Januar, das an der Spitze einen Mahnruf Strejemanns enthält, beschäftigt sich mit dem Magdeburger Prozeß. Der Artikel unterstellt der Reichsregierung, ihr Besuch beim Reichspräsidenten habe lediglich den Zweck gehabt, „den verheerenden Eindruck, den der Prozeß nach außen gemacht hat, und den dadurch entstandenen Schaden zu verwischen“. Kein verständigem Gemüte bleibe zu sagen:

„Die Sozialdemokratie ist noch die Ruhestütze der Revolution. Sie betrachtet den gegen den Reichspräsidenten erhobenen Vorwurf als einen Vorwurf gegen sich selbst und sie hatte alles Interesse daran, die Doppelrolle, die sie damals sowohl als auch später am 9. November gespielt hat, zu verwechseln. Sie setzte deshalb ihren ganzen umfangreichen Apparat, von Philipp dem Schönen bis zum jüngsten Gewerkschaftsboschungen ein, um den Gegenbeweis zu führen. Die Aufgabe des aus zwei Richtern und zwei Schöffen bestehenden Gerichts war daher eine unendlich schwierige. Das Gericht hat das Urteil gesprochen und dieses Urteil besagt, daß das Verhalten des jetzigen Reichspräsidenten im Januar 1918, im strafrechtlichen Sinne gesprochen, Landesverrat darstellt. Das aber ist das Entscheidende. Gewiß ist gegen das Urteil Berufung eingelegt und eine höhere Instanz wird ein neues Urteil zu fällen haben. Einstweilen aber besteht die gerichtliche Feststellung des Landesverrats.

Weberstreik in Amerika.

Von Georg Keller.

Ich sah im Totomo Bus und los in den engen Gassen der Kompositionen „Edward Mac Dowell“. Hinter mir lag eine Fabel durch wundervolle Anzeigen und parfümierte Straßen. Die schöne Häuserreihe hinter schmelzender Palette des amerikanischen Herbstes verbarren. Sie verbarren den Eindruck des soeben Gelesenen. Da hielt plötzlich unser Fahrzeug mit starker Schwankung an. Die Alarmglocke über der Straße schlug ohne Unterbrechung mit klingendem Hammer. An uns vorbei ritten ungefähr zehn Polizeimänner mit ihren Motorrädern.

Diebstahl? Unfall? Mord? Jemandes Affäre. Unser Bus schickte sich wieder in Bewegung und hielt nach raschem Tempo zur rechten Seite vor der City-Hall, meinem Ausstiegsziel. Das Auge lernt mit der Zeit amerikanisches Straßengewirr beherrschen. Ein Anruf von Autos und Menschen wird geschickt und rasch passiert. Wo schlängelt sich und drängt sich, wird gedrückt und mitgeschoben. Aber plötzlich stockt der Rhythmus. Menschen stauen sich auf, blicken neugierig. Ich bleibe stehen. Da sehe ich wieder die Polizeimänner von vorn; um sie schreien und schimpfende Menschen. „Sie arretieren Streiker“, sagt einer auf englisch. Ich begreife. Ich weiß, daß die Weber schon seit Monaten streiken. Es geht um lumpige Cents. Ich weiß, daß alle Tage streikende Weber eingesperrt werden, weil sie Reden halten und Straßendemonstrationen veranstalten. Eine Weberin sagt neben mir, daß vor einem Jahre die Polizeimänner die Arbeiter um Solidarität gebeten hätten, damit deren Lohnkampf siegreich enden könnte. Jetzt haben sie das vergessen. Sie arretieren mit Würde und mit Schneid.

Es geht nur um Cents. Die Weber wollen fliegen. Das steht fest. Sie werden von ihren Chefs und eigenen Kollegen betrogen. Auch das steht fest. Die Betrüger sind Dollartrunk und Kenglüche. Sie verbarren wie Wanzen hinter der Tapete den ganzen Tag über in den Fabrikklosetten, um nachts heranzukriechen und an den Webstühlen zu schlafen. Ihre Brotherrn bringen ihnen das Brot mit dem Auto selbst in die Leisten der Säle oder holen sie mit besonderer Sorgfalt ab. Sie genießen momentan natürlich mehr Schatz als die gemeinen streikenden Arbeiter. Später aber horrt ihr ebenso der wohlverdiente Fußtritt, der eine ausgeleierte Maschinenjelle auf die Straße befördert. Die Verurteilten, die sich selbst betrügen.

Ich sage noch einmal, es geht nur um Cents. Und der Mann, welcher sich weigert, diese Cents zu bewilligen, befindet sich seit Monaten auf einer Europatour mit Frau und Kindern; zeigt sich ein wenig in armen Deutschland, gibt eifrigen Hilfsvereinen und Armensektionen lumpige Beiträge. Dann läßt er seinem „bedürftigen Körper“ eine Paderkur zukommen in einem berühmten und teuren Badeort. Inzwischen hofft er, daß die Streiker sich die Köpfe eingeschlagen haben. Wir danken dem Dichter Gerhart Hauptmann das mündige Drama: „Die Weber!“ Es macht die gottserbarmlich armen Arzo-

begangen in einer Zeit, in der unser gesamtes Volk um seine Existenz kämpfte. Aus dieser Feststellung muß nach unserer Meinung umgehend die Schlussfolgerung gezogen werden.“

Das „National-Echo“ ist ein amtliches Organ der Volkspartei. Es bezichtigt die Reichsregierung der Heuchelei. Es übernimmt das Magdeburger Urteil, das einen Entwürfnis in der gesamten gesitteten Welt und den juristischen Einpruch namhafter Rechtslehrer hervorgerufen hat, als zu Recht bestehend und knüpft die politische Forderung daran, umgehend die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, wie sich der Führer der Volkspartei, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, und wie sich die Volkspartei selbst zu diesen Aeußerungen ihres amtlichen Publikationsorgans stellt. In der Öffentlichkeit hat die Volkspartei bisher jeden Schritt unterlassen, der darauf schließen ließe, sie unterstütze das widerliche und verlogene Kesseltreiben der Deutschnationalen gegen den Reichspräsidenten und die politische Ausschaltung des Magdeburger Prozesses. Rüdte die Volkspartei nicht öffentlich nach Pressezeugnissen wie dem des „National-Echo“ ab, so muß man annehmen, daß sie zwar nach außen hin das Gesicht eines Ehrenmannes zu wahren bemüht ist, daß sie sich aber insgeheim auf das kolportageartige Schmutzniveau der Deutschnationalen begeben hat. Und das wäre doppelt erbärmlich, weil es zu gleicher Zeit seige ist.

Wir stellen noch einmal fest: die Reichsregierung ist am 24. Dezember mit einer Erklärung vor den Reichspräsidenten getreten, in der es heißt:

„Wir haben, zum Teil in jahrelanger Zusammenarbeit mit Ihnen, Ihr Wirken kennen und Ihre Persönlichkeit politisch und menschlich schätzen gelernt. Auf Grund dieser Erkenntnis wünschen wir Ihnen zu sagen, daß wir einmütig, ohne Unterschied der Parteistellung, die Ueberzeugung haben, daß Ihre Tätigkeit stets dem Wohle des deutschen Vaterlandes gegolten hat.“

lassen Sie uns Ihnen in diesem Sinne unsere besten Wünsche für Ihre weitere Tätigkeit in Ihrem hohen verantwortungsvollen Amte aussprechen.“

Wir fragen: Hat die Reichsregierung diese Erklärung, wie es das amtliche Publikationsorgan der Volkspartei unterstellt, lediglich aus außenpolitischen Gründen abgegeben oder entsprach sie, wie es in dem Dokument zum Ausdruck kommt, der einmütigen Ueberzeugung der Mitglieder des Reichskabinetts?

Hat die Beteiligung des Parteiführers der Volkspartei, Außenminister Stresemann, an dem Schritt die Zustimmung der Volkspartei gefunden und wenn nein, welche Gründe haben die Volkspartei veranlaßt, mit ihrer Stellungnahme zum Magdeburger Urteil, wie sie im „National-Echo“ festgelegt wird, zurückzuhalten?

Gegenüber der immer wieder auftauchenden Behauptung, daß Barmat irgendein Empfehlungsschreiben des jetzigen Reichspräsidenten Ebert erhalten habe, wird von zuständigen Stellen ausdrücklich festgestellt, daß weder der Reichspräsident noch der Vorkonferenzpräsident, noch der Reichstagsabgeordnete, noch der Redakteur, noch der Arbeitersekretär Friedrich Ebert jemals irgendein Empfehlungsschreiben für Barmat ausgestellt hat.

Bürgerblock-Niederlage in Württemberg.

Das Zentrum gegen Bazille.

Stuttgart, 6. Januar. (Mit.) In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses des württembergischen Landtages ergab sich bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums eine kritische Angelegenheit für die Regierung Bazille. Die Abgg. Reil (Soz.), André (Str.) und Scheef (Dem.) brachten den Antrag ein, die Staatsregierung zu eruchen,

1. den Fragen der Lohnpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen im Sinne einer den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen Rech-

nung tragenden Erhöhung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter und dem Bestreben der Schlichtungsausschüsse auf mögliche Niedrighaltung der Arbeiterlöhne mit Nachdruck entgegenzuwirken.

2. Bei der Reichsregierung einzutreten für a) die baldige Schaffung einer reichsgerichtlichen Arbeitslosenversicherung, b) die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit, c) eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Kerkern und Trampanten und die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Angestelltenrechts bei allen Zweigen der sozialen Versicherungen, d) Wiederherstellung der Unfallrenten auf Grund der vorkriegsrechtlichen Regelung und unverzügliche Umstellung aller Renten auf Goldmarkbasis, e) größte Vereinfachung des gesamten Rentenerfahrens zur Ersparung an Verwaltungskosten, f) die baldige gesetzliche Regelung des Schutzes der Bauarbeiter.

Demgegenüber beantragte die Bürgerpartei und der Bauernbund, die Staatsregierung zu eruchen, bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf eine den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte Höhe der Lohnsätze hinzuwirken, und insbesondere die Ausgleichung der Löhne der gleichartigen Arbeitsgruppen zu fördern. Ferner beantragte die gleichen Parteien, bei der Reichsregierung auf eine zusammenfassende Neuordnung der Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung unter Festlegung gleicher Rechte und Pflichten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuwirken.

Staatsrat Rau äußerte starke Bedenken gegenüber dem Antrag Reil-André-Scheef. Die Schaffung einer reichsgerichtlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung sei zurzeit noch nicht möglich und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit sei gleichfalls noch nicht spruchreif.

Schließlich wurde beschlossen, den zuständigen Ressortminister Staatspräsident Bazille zu eruchen, selbst an den Verhandlungen des Ausschusses teilzunehmen. Bazille, der hierauf im Ausschuh erschienen, machte geltend, daß der gemeinsame Antrag Reil-André-Scheef für die Regierung im jetzigen Augenblick nicht annehmbar sei. Alle diese Fragen bedürften einer eingehenden Beratung durch das Staatsministerium.

Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag Reil mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Kommunisten, des Zentrums und der Demokraten gegen die Stimmen der Rechten und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Das Kabinett Bazille ist eine Bürgerblock-Regierung, die sich auf Deutschnationale, Volksparteiler, Bauernbändler und Zentrum stützt. Der Deutschnationale Bazille sah seine Hauptaufgabe in dem Kampf gegen Sozialdemokratie und Republik. Die Nationalsozialisten und andere schwarzweisse Verbände erstreuten sich keiner besonderen Protektion.

Rag das württembergische Zentrum politisch auch weiter nach rechts orientiert sein als in anderen Ländern, so trat es doch in dem Bewußtsein dem Bürgerblock bei, daß es sich um ein Experiment handelte. Wenn es nun zwischen der Bürgerblockregierung und dem württembergischen Zentrum wegen des von den Parteien der kleinen Koalition gemeinsam eingebrachten Antrages zum Konflikt gekommen ist, so ist das ein Beweis dafür, daß eine Bürgerblockregierung unmöglich ist, wenn sich das Zentrum nicht den sozialreaktionären Tendenzen der Deutschnationalen und der Volkspartei verkaufen will.

Der württembergische Konflikt ist aber auch noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Im württembergischen Landtag stehen 31 Rechtsreaktionäre gegen 39 Mitglieder der kleinen Koalition. Die kleine Koalition war trotzdem nicht in der Lage, eine tragfähige Regierung zu bestimmen, da die 10 kommunistischen Abgeordneten dafür Sorge trugen, daß der reaktionäre Flügel den arbeiterfreundlichen Flügel überstimmte. Gäbe es in Württemberg eine geschlossene Arbeiterpartei mit dem Willen zum Möglichen und zur praktischen Mitarbeit, dann könnte der Bürgerblock keinen Tag länger regieren.

Politische Medizin. Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“, eine ausgezeichnete Fachzeitschrift, begab sich in ihrer letzten Nummer (vom 2. d. M.) auf das Gebiet der ihr völlig fremden Politik, um, wie es scheint, das angenehme Gefühl einer Selbstblamierung zu erleben. Sie schreibt: „Neu treten ein (in der Heilstag) Prof. Spuler (DAB)... leider auch wieder Dr. Roes (SPD)... In den Preussischen Landtag ist leider Dr. Wegl (SPD) wiedergewählt. (Seite 38).“

Warum „leider“? Weil der Schurke, der für die „Medizinische Wochenschrift“ die Notiz schrieb, leider nicht bei seinem medizinischen Wissen stehen wollte. Möge er sich für die Zukunft das alte Sprichwort merken!

Knechtbares Holz. Man könnte zuerst geneigt sein, die Sache für einen Scherz halten. Holz in Konkretoendungen! Eingemachtes Holz! Flüssiges Holz! Sollte nun auch gar das Holz seine guten alten Eigenschaften der Härte und unbeglanten Zuverlässigkeit verlieren? Zum mindesten hat seine bisherige feste Form loszulassen eine Schwester in einem neuen Aggregatzustand bekommen. Es handelt sich um eine neue Erfindung, für die sich aller Wahrheitsliebende nach in Industrie, Handwerk, Haushalt usw. ein weites Verwendungsfeld eröffnen dürfte. Das „plastische Holz“, wie es von der Herstellerin, einer deutschen Firma, genannt wird, kommt in der Tat in Büchsen auf den Markt und bildet eine leicht knechtbare Masse, die man sich etwa wie eine Paste oder einen dickflüssigen Teig vorzustellen hat. Das Material, dessen Zusammensetzung natürlich geheimgehalten wird, kann mit der Hand, mit einem Spachtel oder Modellierholz aufgetragen und bearbeitet werden. Es hat dieselben physikalischen Eigenschaften wie jedes gute Knechtholz, erhärtet an der Luft in wenigen Stunden und kann dann wie richtiges Holz gesägt, gehobelt, geschnitten, geschliffen, genagelt, poliert und mit Farben angestrichen werden. Gegenüber natürlichem Holz hat die neue künstliche Masse sogar eine Reihe von Vorteilen aufzuweisen: Nach der Erhärtung verzieht und spaltet sie sich nicht, bröckelt nicht, verbündet sich fest mit der Unterlage, wie Holz, Glas, Metall usw., ist wasserfest und widerstandsfähig gegen jeden Temperatur- und Witterungswechsel. Falls der neartige Holzstoff in den Büchsen zu hart oder trocken wird, erhält er durch Besprühen mit einer bestimmten Flüssigkeit seine frühere Knechtbarkeit wieder. Romantisch bei der Ausführung von Möbelreparaturen, zum Ausfüllen von Löchern, Sprüngen und Fugen, zur Herstellung gebogener Bilderrahmen oder Leisten sowie plastischen Schmucks für Möbel wird das knechtbare Holz nützliche Dienste leisten können.

Mußt. Der für den 7. Januar im Rindvieh-Schmerzsaal angekündigte Kammermusikabend für Bläser, ausgeführt von Mitgliedern des Leipziger Konservatoriums, muß wegen Verweigerung des Umlaubs abgefragt werden.

Leo Klenberg hält auf Einladung der Volkshäuser sechs Vorträge mit musikalischen Erläuterungen. 1. Abend: Sonntag 8 Uhr Volkshaus, Unt.straße 42.

Wissenschaftlicher Verein v. B. Am 7. abends 8 Uhr hält Prof. R. von Fritz, Göttingerstraße 24-26, einen öffentlichen Vortrag über „Die Sprache der Dänen“ (mit kinematographischer Vorführung).

Ein dreihundertjähriges Jubiläum wurde in Dänemark festlich begangen.

Eine Erklärung Bauers.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ war eine der mannigfaltigen Zuschriften abgedruckt, in denen bekannte Sozialdemokraten der „Korruption“ bezichtigt werden. In diesem Falle richtete sie sich gegen den ehemaligen Reichsminister Gustav Bauer. Dieser hat dem Blatte des süddeutschen Hugenberg-Konzerns folgende ausführliche Widerlegung gesandt:

In die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Berlin.

In der Nummer 5 Ihres Blattes, Abendausgabe vom 3. Januar d. J., bringen Sie einen Artikel: „Neue Deutsche Staatswirtschaft“ von H. C. Koch (Berlin). Dieser Artikel enthält eine Reihe unwahrer Behauptungen, die geeignet sind, mich in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

Es ist freie Erfindung des Artikelschreibers, daß im Sommer 1922 die Kisenanlage der einstigen militärischen Armeekonzernfabrik Spandau-Hofelhorst vom Reichshauptministerium an Barmat verkauft worden sei. Die Armeekonzernfabrik ist durch das Reichshauptministerium zu einer Margarinefabrik umgestaltet worden. Durch Fusionierung mit der Bremer Margarinefabrik „Brema“ wurden die Deutschen Margarine- und Speisefettfabriken, Aktiengesellschaft, Spandau-Hofelhorst, gegründet, deren Aktienkapital noch heute zu mindestens 80 Proz. in Händen des Reiches ist. Bei dieser im Interesse des Reiches und der Arbeiter vorgenommenen Verwertung der beschriebenen ehemaligen Armeekonzernfabrik war Barmat in keiner Weise beteiligt.

Ebenso unwahr ist, daß die den Verkauf leitenden Ministerialbeamten heute Angestellte bei Barmat sind; der ehemalige Reichshauptminister Bauer als Aufsichtsrat, der Ministerialdirektor a. D. Raug als Generaldirektor und der Ministerialrat a. D. Dr. A. bei einer hiesigen Hamburger Bank.

Da ein Verkauf der Armeekonzernfabrik Spandau-Hofelhorst nie stattgefunden hat, ebensowenig jemals ein anderes reichs-eigenes Grundstück oder Unternehmen vom Reichshauptministerium an Barmat verkauft worden ist, gibt es keine Ministerialbeamten, die einen solchen Verkauf geleitet haben. Es ist zwar keine Unwahrheit, Mitglied des Aufsichtsrats eines industriellen Unternehmens zu sein, das zum Barmat-Konzern gehört, und viele ehrenhafte Männer aus allen Parteien gehören diesen Aufsichtsräten an.

Über — ich bin ein Mitglied des Aufsichtsrats des Barmat-Konzerns oder eines dem Konzern angegliederten Unternehmens gemeldet. Deshalb auch ich diese unwahre Behauptung richtigstellen.

Ebenso unwahr ist, daß ich mit den Kreditgeschäften des Barmat-Konzerns mit der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) oder der Post auch noch Verträge zu tun.

Unwahr ist auch, daß Geheimrat R. bei einer mit dem Barmat-Konzern in Verbindung stehenden Bank eine Stellung bekleidet.

Herr Raug ist nach Auflösung des Reichshauptministeriums in türkische Dienste getreten und nach Angora übersiedelt. Von dort ist er erst im Herbst v. J. zurückgekehrt. Wenn er jetzt Generaldirektor im Barmat-Konzern ist, so hat das mit seiner früheren Tätigkeit im Reichshauptministerium nichts zu tun.

Im übrigen gehe ich wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß der Artikelschreiber, der einen Rabel infamster Verdächtigungen über mich und andere ausschüttet, ein ehemaliger Provinzialamts-Beamter ist, der beim Abbau des alten Heeres zur Disposition gestellt wurde. Dieser Herr Koch hat mich während meiner Tätigkeit als Schatzminister in unglücklichster Weise belästigt, bis ich ihm die Tür wies. Er kam mit einem Mitgliedsband der Sozialdemokratischen Partei und einer schriftlichen Empfehlung der Parteileitung meines Wahlkreises zu mir und verlangte lateinisch, daß ich ihn sofort in seine frühere Stellung einsetze und ihm das Gehalt für die ganze rückliegende Zeit nachbezahlen sollte. Ferner verlangte er, daß sofort alle seine früheren Vorgesetzten in Aufnahmestellung versetzt und zum Disziplinarverfahren werden sollten. Die Prüfung der überaus umfangreichen Akten erweckte, daß Koch ein Quacksalber ist, der nach vorliegenden ärztlichen Gutachten geistig nicht normal sein soll.

Ich verstehe nicht, wie eine angelegene Tageszeitung von einem solchen Manne einen so unerhöht verleumderischen Artikel aufnehmen kann, ohne seinen Inhalt nachzuprüfen.

Ich darf wohl von Ihrer Lokalität erwarten, daß Sie meine Zuschrift unentgeltlich zum Abdruck bringen, wenn Sie auch über eine Berichtigung im Sinne des Pressgesetzes hinausgeht.

Hochachtungsvoll

Bauer.

Ruhe für die Kranken?

Man schreibt uns: Es sind viel arme Kranke in dem hohen Hause, das inmitten eines stillen, verkehrsbedienten Häuserviertels liegt. Im allgemeinen baut man Krankenanstalten in die ruhigeren Vorstadtviertel. Die Anstalten im Innern der Stadt werden aber nie zu entbehren sein, man wird sie vielleicht auch in Zukunft erweitern und ergänzen müssen, denn manche Kranke und Verunglückte vertrauen auch die rascheste Beförderung auf langsam Wege nicht mehr. Es ist eine natürliche Sache, daß die Krankenheime im Innern einer Stadt die schwersten, am raschesten den Arzt verlangenden Fälle aufzunehmen haben. Aber keineswegs eine natürliche Sache scheint es zu sein, daß solche Stätten Ehrfurcht und Schutz der Gesellschaft und des Gemeinwesen begehren dürfen. Man kann wohl in der Verkehrsregelung nicht allzu starke Opfer bringen, hier werden die Kranken immer etwas Schweres mit in Kauf nehmen müssen — aber wie wäre es zum Beispiel, wenn die Polizei in der Silvesternacht eine Bannmeile um Krankenanstalten legte? In der letzten von Regereit und Ammut verbesserten Neujahrsnacht scheint man ganz gründlich darauf vergessen zu haben, was zur Folge hatte, daß die einem doppelten Martyrium verfallenen Kranken noch mehr die Polizei als die Radfahrer selbst verurteilten. Von neun Uhr abends, der beginnenden Ruhe der Patienten, bis lange nach Mitternacht dauerte der Herrensabbat, Blitze, mit bengalischem Feuer wechselnd, erhellen die Zimmer. Feuerwerkskörper und Schüsse zerren an Nerven und reizten der persönliche Quasi ins nicht mehr Erträgliche. Geschlafen hat niemand, aber jedes Krankengesicht sah am anderen Tage noch bleicher aus. Da nicht anzunehmen ist, daß die nächste Neujahrsnacht würdiger und vernünftiger Menschen sieht, so tut man gut, jetzt schon dringend zu verlangen: Schützt durch Polizeiverordnung Krankenanstalten, Kinder- und Altersheime vor den Schrecken dieses Jahreschlusses und -beginns — steht Bannmeilen für alle Leidenden, und, so weit es geht, auch für alle ersten und abgearbeiteten Menschen, denen solcher polizeilich geschützte Tausendspul mehr als ein Grauel ist!

Muß man sich nicht schämen, daß solch selbstverständliches Begehren überhaupt erst erhoben werden kann?

Hochzeit im Gefängnis.

Im Untersuchungsgefängnis in Moabit ereignete sich heute der ungewöhnliche Fall einer Heirat im Gefängnis. Wie erinnerlich, wurde vor einiger Zeit die Fallmünzgerbande „Goldener Friede“ in einer Villa am Reuhener See ausgehoben. Die Inhaber dieser Villa ist die Witwe des verstorbenen Bankdirektors Kommit, gegen den vor etwa 20 Jahren der russischen erregende Bankprozeß wegen des Zusammenbruchs der von ihm geleiteten Commerzialhypothekbank stattgefunden hat. Die Witwe hatte ihre Villa für die Fallmünzgerbande zur Herstellung der falligen Zahlungsverpflichtungen hergegeben. Die Druckerelation hatte der Buchdrucker Kaiser aus seiner kleinen Druckerei in Schöneberg geliefert. Während noch das Verfahren gegen die

Fallmünzgerbande und damit auch gegen Kaiser Schmidt, wurde dieser kurz vor Weihnachten vom Schwurgericht des Landgerichts I wegen versuchten Totschlags an einem Schupo-Beamten zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Kaiser besitzt eine Braut, die einem „jünglichen Ereignis“ entgegensteht. Er hatte den Wunsch, daß das Kind ehelich geboren wird, und deshalb seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, veranlaßt, das Gesuch eines Heiratsurlaubes zu stellen. Der Untersuchungsrichter hatte den Antrag zwar abgelehnt, aber gestattete, daß die Trauung im Untersuchungsgefängnis stattfinden könnte. Die standesamtliche Ehechließung wurde daher heute Vormittag im Untersuchungsgefängnis vorgenommen, wobei sich ein Standesbeamter begeben hatte. Als Trauzeugen fungierten Rechtsanwalt Dr. Schmidt und ein Gefängnisbeamter. Auch eine kirchliche Trauung soll in nächster Zeit in der Kapelle des Untersuchungsgefängnisses, die der gleichfalls wegen Fallmünzerei abgeurteilte russische Kaiser Riassojedoff mit Wandgemälden ausschmückt, stattfinden.

Sprit-Weber endlich verhaftet. Der verräterische Briefumschlag.

Die Verhaftung Heinrich Webers, der mit einem gewissen Benz in Hohenelbe, sehr beliebt, festgenommen wurde, führte auch zur Verhaftung des Haupttäters Hermann Weber. Sein Bruder war von Prag nach Hohenelbe gekommen. Kriminaloberinspektor Vorwerk wies sofort die Prager Kriminalpolizei auf diese Spur hin und berichtete auch nach Berlin. Es wurden daraufhin sofort zwei Beamte nach Prag entsandt, die dort die Ermittlungen aufnehmen sollten. Unterdessen forschte die Prager Kriminalpolizei in dem Hotel „Zur goldenen Gans“ nach, von dem ein Briefumschlag bei Heinrich Weber gefunden worden war. In dem Hotel wohnte ein Mann, der sich Hans Becker nannte. Dieser erhielt ein Telegramm aus Berlin, das ihn unterrichtete, er werde durch den Fernsprecher angerufen werden. Am selben Tage erfolgte denn auch ein Anruf von Leipzig aus von einem Manne, der sich Hamburger nannte. Auf Veranlassung der Prager Polizei wurde dieser Hamburger in Leipzig verhaftet. Zur gleichen Zeit nahm man in Prag den angeblichen Becker fest. Dieser legte sich jetzt den Namen des Benz bei, dessen Verhaftung in Hohenelbe ihm nicht bekannt war und behauptete, daß er wegen politischer Vergehen gesucht werde. Unterdessen trafen aber Oberinspektor Vorwerk von Hohenelbe und die beiden Beamten aus Berlin in Prag ein und erkannten in dem angeblichen Becker-Benz den Spritschieber Hermann Weber. Dieser gab nun auch zu, der Geuchte zu sein. Der Berliner Untersuchungsrichter hat bereits den Antrag auf Auslieferung dem zuständigen Amt zur Übermittlung an die tschechoslowakische Regierung eingereicht. In der tschechoslowakischen wird nach auf Befehl der beiden Weber gefahren, die wahrscheinlich ebenfalls nach der tschechoslowakischen entflohen sind. Die Webers sind, wie festgestellt wurde, bei Wäsegersdorf über die Grenze gekommen.

„Der schwarze Sepp“.

Verhaftung eines Selbstmordbrüders.

Mindestens 30 Selbstmordbrüder hat eine dreifache Berliner Bande auf dem Korbholz, die ausschließlich in der Provinz und im Reich arbeitet. Sie bestand aus einem Kaiser Johann Wyrwid, einem Schloffer Wilhelm Bauer und einem Josef Schwarz, der in seinen Kreisen den Spitznamen „Der schwarze Sepp“ führt. Wyrwid und Bauer wurden bereits Mitte November festgenommen. Schwarz hielt sich immer noch verborgen. Die drei führten ein Doppelleben. In Berlin spielten sie die harmlosen Leute. Sie besuchten auch nie ein Lokal mit zweifelhaften Gästen. Um so eifriger betrieben sie Sport. Wyrwid handelte mit Marmeladen aller Art und besuchte namentlich große Anstalten, Finanzämter, Gemeindefürsorge, Krankenhäuser, Brauereien usw. In jedem Zimmer bot er seine Waren an, und so kundschaftete er aus, wo die Selbstmörder standen, wie sie beschaffen waren und ob zu ihrer Bemächtigung ein Souveränitätsbesuch oder nur der gewöhnliche Ansehler erforderlich sei. Der Kriminalpolizei wurden nun aus der Provinz und dem Reich immer mehr Selbstmordbrüder gemeldet. Die Ermittlungen ergaben, daß jedesmal kurz vorher der Berliner Wyrwid am Ort gewesen sei, zuletzt auch in Elsfeld, wo aus dem Finanzamt 7000 M. gestohlen wurden. Mitte November wurden Wyrwid und Bauer festgenommen, als sie von einer Reise zurückkehrten. Durch ständige Beobachtung der Geliebten des „Schwarzen Sepp“ gelang es, auch diesen zu verhaften. Die Geliebte des Geuchten ging eines Tages zum Anhalter Bahnhof. Hier traf denn auch bald mit dem Zuge Schwarz ein, der sie von seiner bevorstehenden Ankunft in Berlin benachrichtigt hatte. Mit seiner Geliebten zugleich empfingen ihn die Beamten und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium.

„Schnellbahn“-Freuden.

Die Verkehrsverhältnisse auf der Hoch- und Untergrundbahn werden nachherde unmerklich, sie sind ein öffentlicher Stempel. Nur dem Lärm der Berliner Bevölkerung ist es zu danken, wenn größere Ausschreitungen bisher vermieden worden sind. Zwar hat man sich längst daran gewöhnt, daß Sitzplätze meist mit auf Abgangsstationen oder kurz vorher zu haben sind, aber es ist eine unglückliche Zumutung, in einem Wagon mit 60 und mehr Menschen eng aneinandergebrückt stehen zu müssen, etwas, das sich täglich unglückliche Male ereignet. Die Direktion der Schnellbahn wird aufgefordert, sich einmal — um ein typisches Beispiel herauszugreifen — 7.30 Uhr morgens auf dem Bahnhof Gleisdreieck einzufinden und der Polizei des Tages 7.33 Uhr nach Wäsegersdorf beizugehen. Vielleicht beruhigt die Herren auch einen Wagon dritter Klasse, um sich von der „edelsten Unterbringung“ (richtiger: Verpackung) im Wagon zu überzeugen. Die häufige Überfüllung dieses Zuges — oft müssen Fahrgäste zurückbleiben, auch ergibt das zerrüttende Ein- und Aussteigen Verspätungen des Zuges, die sich besonders an dieser Stelle unheimlich bemerkbar machen. Da Zubringerzüge von Warschauer Brücke neue Fahrgäste heranzuführen — bemerkt, daß sich niemand um diese Dinge kümmert. Sonst hätte längst eine Aenderung der Zugfolge eintreten können. Das muß technisch möglich sein, denn die folgenden zwei Züge kommen in kürzeren Zeitabständen. Weitere Ratschläge kann die Direktion in den Nachmittagsstunden (z. B. 3.25 Uhr Kollenderdamm, Hoh-Schöneberg) in Aussicht nehmen. — Leider hat so die Schnellbahn-Gesellschaft selbst kein Interesse daran, die Zahl der Züge zu vermindern, die Rentabilität des Unternehmens könnte darunter leiden. Aber es gibt doch die „Schnellbahn“, also verkehrspolitische Stellen, die sich um diese Dinge zu kümmern haben. Auch diese seien auf die Zustände aufmerksam gemacht. — Die Schnellbahn ist keine Wohlstandsgesellschaft. Sie verlangt für jede Fahrt Bezahlung, wie jedes andere Verkehrsunternehmen. Dafür können die Fahrgäste aber verlangen, anders befördert zu werden, als — Desfordern.

Zu der Verhaftung der Tänzerin Anita Berber teilt uns der Reichsgerichtsrat der Frau Berber, Dr. Adolf Hamburger, mit, daß die einträgliche Verhaftung der Frau Berber nicht wegen eines schwebenden Strafverfahrens erfolgte. Vielmehr handelt es sich um eine Rivalfahrt, die formell zulässig war, weil Frau Berber einer an sie ergangenen Ladung nicht Folge leistete. Frau Berber ist infolge häufigen Wohnwechsels, der vielfach durch auswärtige Wohnverhältnisse bedingt wird, nicht in den Besitz der Ladung gelangt. Bereits nach 24 stündiger Haft ist Frau Berber antwortgemäß auf freien Fuß gesetzt worden. Im übrigen schreibt gegen Frau Berber lediglich ein einzelnes Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft in Hamburg, das aber voraussichtlich mit einer Einstellung enden wird.

Tatsächlich besahen Berlin im Flugzeug. Nach längerer Jagd gelang es geliebten Beamten der Landespolizei, eine Bande von Taschendieben, die aus drei Männern und einer Frau bestand, festzunehmen. Der Führer ist ein 34 Jahre alter Anton Marschfeld aus Lubin, der der Kriminalpolizei gut bekannt ist.

Marschfeld gab zu, daß ihm der Berliner Silvestertrübel aus den früheren Jahren her so gut in Erinnerung geblieben sei, daß er unbedingt auch dieses Jahr Silvester in Berlin auf seine Art haben werden wollte. Die ganze Bande ist am 30. Dezember von Flugplatz Danzig-Langfuhr aufgestiegen, um hier rechtzeitig einzutreffen.

18-20 Millionen Mark Hochwasserschäden am Rhein

Der Schaden, den das Hochwasser am Rhein angerichtet hat, beläuft sich auf 18-20 Millionen Mark, wovon etwas mehr als 2 Millionen auf die Stadt Köln entfallen. Amtliche Kreise stellen dem Gesamtschaden am Rhein und seinen Nebenflüssen auf 25 bis 28 Millionen Mark fest. Die Erhebungen sind noch nicht ganz abgeschlossen; jedoch dürfte sich an den Zahlen kaum etwas ändern. Am meisten gelitten hat der Regierungsbezirk Koblenz. Der Kölner Regierungsbezirk folgt an zweiter Stelle. Den Geschädigten werden Entschädigungen in der Höhe ausbezahlt, „wenn der Rohschaden gefährdet ist“. Weiter werden an Betriebsinhaber Darlehen gewährt, wenn die Betriebe durch das Hochwasser so gelitten haben, daß sie ohne Darlehen nicht wieder in Stand gesetzt werden können. Durch die Stillungnahmen der Regierung sind bisher verhältnismäßig wenig Mittel für die geschädigte Stadt- und Landgemeinden aufgebracht worden. So erhielt Köln nur 120 000 M. und die Barmenscheidungen konnten hier nur in wenigen Fällen ein Zehntel des Schadens überschreiten. Die bisherigen Ausschüttungen sind als Vorkosten aufzufassen. Wenn weitere Mittel von der Regierung einlaufen, werden die Barmenscheidungen automatisch erhöht.

Der Raubmord im Kreisfeld-Kölnener Eisenbahzug, dem am 23. Dezember v. J. der frühere Major Krüner zum Opfer fiel, ist jetzt aufgeklärt. Der Mörder ist der in Worringen geborene 24jährige Fuhrmann Anton Feisch, der auf der Landstraße bei Worringen von Beamten der Nordkommission ergriffen wurde. Er ist gefänglich.

Zunahme des deutschen Kraftwagenverkehrs. Am 1. Juli 1924 wurden in Deutschland insgesamt 293 188 Kraftfahrzeuge gezählt, was gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1923 (212 949) einer Zunahme von 38 Proz. entspricht. Von der Gesamtheit der Kraftfahrzeuge waren 132 179 Personenkraftwagen und 60 629 Kraftmaschinen.

Kurze Skifreuden im Lausitzer Gebirge. Die Abhänge der Lausitzer (Grenze) und des Tannenberges bei Warmdorf in Böhmen wurden in den letzten Jahren von Tausenden von Skifahrern aufgesucht, da sich hier ideale Terrainverhältnisse vorfinden. Ramentlich groß war der Zuspruch aus Sachsen. Am Silvesterabend gab es erstmals Gelegenheit zur Ausübung des Breitensportes. Der Neujahrstag brachte neuen Schnee und alle Sportlerherzen schlugen hoch. Dieser dauerte die Freude nur zwei Tage. Der warme Südwest, der am 3. Januar einsetzte (in den Tälern sind 7 Grad Wärme), schmolz die ganze Herrlichkeit. Auch aus dem Gebirgsgebiete wird die Zerstörung der Skibahnen gemeldet.

Er mordung eines Deutschen in Italien. Auf einem einsamen Hügelweg bei Turin wurde der deutsche Handelsvertreter Fleischmann ermordet aufgefunden. Der Mord wurde mit einer Schere unter geheimnisvollen Umständen vollzogen. Bei der im Geleite stark verkleideten Leiche wurde noch die goldene Uhr sowie ein großer Geldbetrag vorgefunden. Fleischmann war erst vor einigen Tagen aus Wien nach Italien hergekommen, das er von früheren Besuchern gut kannte. Seine Firma hat Filialen in Wien und Berlin. Man vermutet einen Racheakt wegen eines Liebesverhältnisses.

Die Einwanderung in Australien. Melbourne, 6. Januar. Zur Verhinderung der Einwanderung mittelreicher Personen wird die Einwanderung vom 31. März d. J. an nur solchen Personen gestattet, die sich im Besitz von mindestens 40 Pfund Sterling befinden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis Kreuzberg. Heute Dienstag abend um 6 1/2 Uhr trafen sich die Mitglieder des Kreisabstimmungsauflusses am Eingang zum Oberbischhof der Wilhelmstraße.

Bewerkschaftsbewegung

„Sehr richtig!“

Unsere Behauptung in der Betrachtung über den kommunistischen Zuwachs, den die Gewerkschaften zu erwarten haben, in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“, die kommunistische Partei verpflichtet ihre Mitglieder lediglich in ihrem Parteinteresse zum Eintritt in die Gewerkschaften, wird durch ein „Sehr richtig“ bestätigt.

„Sehr richtig.“ Hier hat es der „Vorwärts“ endlich einmal erlaubt. Am der kommunistischen Partei zu weihen, jawohl!

Im übrigen polemisiert die „Rote Fahne“ gegen die Tatsache, daß die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen reformistisch ist. Daß diese ganze als reformistisch in überliefertem Sinne von der allein seligmachenden Revolutionspartei von Moskau Gnaden geschämte Gewerkschaftsarbeit im besten Sinne revolutionär ist, darüber besteht kein Zweifel. Allerdings gehen die Meinungen zwischen uns und der KPD darüber auseinander, ob die revolutionäre Tätigkeit der Gewerkschaften wie bisher auf ihrem ureigenen Gebiete durch reformistische Kleinarbeit, Erziehung und Disziplinierung ihrer Mitglieder, Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen „reformistische“ Bestrebungen zur Neugestaltung des Arbeitsrechts und der Ausgestaltung der Sozialpolitik, in Verbindung mit den sozialdemokratischen Parlamentarisationen, erfolgen soll, oder aber unter Nichtachtung all dieser und ähnlicher „reformistischer“ Aufgaben, durch revolutionäromantische Kutschpolitik nach den Anweisungen von Moskau. Dieser vor Jahrzehnten bereits abgelehnten Kutschrevolutionarismus lehnen die deutschen Gewerkschaften heute erst recht ab. Sie haben für Revolutionsromantiker keinen Sinn, zumal sie alle Kräfte an die Erfüllung ihrer „reformistischen“ Aufgaben legen müssen. Von Forderungen wird auch kein kommunistischer Arbeiter satt, und wenn er noch so reichlich damit gefüttert wird. Die Gewerkschaften haben keine Reizung, ihre Mitglieder in die Gefängnisse und Zuchthäuser als Märtyrer zu treiben, sondern die Pflicht, ihnen vor allem die Lebensbedingungen zu sichern.

Die Hege gegen die Gewerkschaftsangehörigen.

In der Neujahrsnummer der „Rote Fahne“ ist ein sogenannter Spiegel gegen die „reaktionären Gewerkschaftslogen“ enthalten. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie seien das größte Hemmnis zur Schaffung starker revolutionärer Gewerkschaften.

Ihren Einfluß zu beschränken durch Massenentritt in die Gewerkschaften, ist die höchste Pflicht und Aufgabe jedes Revolutionärs.

Es gelte daher, den reaktionären Gewerkschaftslogen die letzte Möglichkeit ihrer arbeiterverräterischen Tätigkeit zu nehmen. Es muß erreicht werden, was mir alle wollen: Im Jahre 1925 treten alle Proletarier in die Gewerkschaften ein. Dann heißt es für die Reformisten: ihre Stunde hat geschlagen.

So gehen die jungen Leute, denen die aus Moskauer Regierungseltern subventionierte kommunistische Partei ein „Gewert-

schafsbureau" eingerichtet hat, zur systematischen Hege gegen die Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsführer. Ein Gewerkschaftsbureau ohne Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften. Die von den Bonzen von Moskaus Gnaden als Bonzen geschmähten Gewerkschaftsführer haben vielfach ein Menschennatur am Aufbau der Gewerkschaften gewirkt. Es ist begreiflich, daß die SPD. zur Befriedigung ihrer Postenjäger die Stellen der Gewerkschaftsbeamten belegen möchte, um dann die Diktatur der SPD-Zentrale über die Gewerkschaften zu etablieren. Weil ihr dies nicht gelingt, deshalb zunächst die unerbittliche Hege, um auf diesem Wege zum Ziel zu kommen.

Die Glasarbeiter zur Verschmelzungsfrage.

Die letzte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter hatte im Prinzip beschlossen, den Anschluß an eine höhere Organisation vorzubereiten. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, neben den bereits gepflogenen Verhandlungen mit dem Verband der Fabrikarbeiter, weitere Verhandlungen mit dem Porzellanarbeiterverband und dem Baugewerksbund zu führen.

Die Verhandlungen mit dem Verband der Porzellanarbeiter führten zu keiner Annäherung, während die Verhandlungen mit dem Baugewerksbund ein für die Glasarbeiter günstiges Ergebnis zeigten.

Eine zum Sonntag, den 4. Januar, nach Berlin einberufene Konferenz des Hauptvorstandes, Beirats, Ausschusses und der Gauleiter beschloß, den Mitgliedern des Verbandes zu empfehlen, den Anschluß an den Baugewerksbund vorzunehmen.

Im Frühjahr dieses Jahres werden die Mitglieder des Glasarbeiterverbandes in einer Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund endgültig zu entscheiden haben.

„Unsere Stunde ist noch nicht gekommen...“

„Der östliche Gewerkschaftler“, sogenanntes „Amtliches Organ des Reichsbundes östlicher Kampforganisationen“, wendet sich mit einer Betrachtung über den Bahausfall an seine „Betreuen“. In ziemlich selbsterheblicher Weise wird darin einleitend behauptet:

„Das Dudentum und das internationale Finanzkapital freuen sich teuflisch über die der völkischen Bewegung zugefügte Schlappe. Es sei jedoch falsch, sich in östlichen Kreisen mit den Ursachen des schlechten Erfolges zu befassen, denn die völkische Bewegung sei noch niemals so stark gewesen wie jetzt — nach ihrer Niederlage. Denn „grenzenlose Not“ wird hereinbrechen über unser Vaterland. Zuerst: „Unsere Stunde ist noch nicht gekommen!“ Sie kommt aber jetzt unfehlbar, sowie das Elend die Grenzen des Erträglichen zu überschreiten beginnt. Dann sind wir der einzige Halt für unser Volk.“

Abgesehen von dem Irrtum der Völkischen, deren „Stunde“ bereits vorüber ist, ist ihre Spekulation auf Not und Elend der Arbeiterschaft bezeichnend. Sie teilen diese Spekulation mit der SPD. Deshalb berühren diese beiden Extremen sich auch in ihrer Begierde gegen die freien Gewerkschaften, die „reformistisch“ sich mühen, der schlimmsten Not und dem größten Elend zu begegnen und damit unwillkürlich auch den auf Not und Elend berechneten Spekulationen zu begegnen.

Das östliche Blättchen stellt außerdem in einer Rubrik „Aus dem roten Lager“ die Mitgliederzahlen des ADGB, vom

30. September 1922 mit denen am Jahreschluss 1923 in Vergleich. Es kommt dabei zu dem Resultat: „Von der ganzen Herrlichkeit bleiben also rund und netz 4 300 000 erwachsene männliche Genossen übrig.“

Die Völkischen verkennten zwar nicht, was an ihrer Herrlichkeit überhaupt ist, doch lassen sie sich von einer Zahl von 4,3 Millionen Mitglieder keineswegs imponieren. Wären aber die früheren 8 Millionen damals den Völkischen gefolgt und hätten jede Woche 25 Pf. „Sozialkapital“ geparkt, dann hätten sie allmonatlich ein paar Werte restlos aufkaufen und in den Besitz der Arbeiterschaft bringen können. Statt dessen hat man gestreift, Lohnerhöhungen erklämpft und nicht gemerkt, daß die Preise dadurch (!) in die Höhe gingen und das Geld entwertet wurde. Man hat den Kapitalismus also nicht geschädigt, sondern ihm erst seine gewaltigen Sörnschließungen ermöglicht.

„Dummheit, Unverständnis — oder gar Schlimmeres?“ schließt diese Epistel. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Achtung Chirurgiemechnik. In den Betrieben von Adam Schneider, Fennstraße 31, und Medizinisches Warenhaus, Heidestraße 51, geht der Streik unverändert weiter. In den nächsten Tagen wird eine allgemeine Branchenversammlung zu dem Streik Stellung nehmen. Zutritt nach den besagten Betrieben ist unter allen Umständen fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaftl. L. B.: J. Steiner; Gemeindefortschreibung: J. Steiner; Realpolitik: A. A. Köhler; Politik und Sonstiges: Erik Korhadi; Anzeigen: H. Glode. sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

INVENTUR-AUSVERKAUF vom 3. bis 17. Januar zu noch nie dagewesenen Preisen!

Porzellan	Steingut	Wirtschafts-Artikel	Wirtschafts-Artikel
Tasse Schalen orn. mit Goldrand I. Qual. 28 Pf.	Teller tief und flach 9 Pf.	Eimer 95 Pf.	Thermosflasche Original . . . 1 ²⁵
Kaffeekanne weiß, modern. Form 75, 55 Pf.	Schüssel 12 Pf.	Kasserolle 8 ¹ Pf.	Universalsieb mit 3 Einlagen . . . 85 Pf.
Mokkatasse 12 Pf.	Trinkbecher 16 Pf.	Mülleimer mit Deckel 2 ⁴⁵	Brotkasten extra groß und schwer . . 2 ⁹⁵
Obertasse 5 Pf.	Waschbecken weiß 1 ²⁵ 95 Pf.	Wasserkessel gestanzl. s. h. w. Ware . . 2 ⁹⁵	Brotkorb oval mit modernem Dekor . . 85 Pf.
Teekanne modern. Form 75 Pf.	Kanne und Becken bunt 1 ⁹⁵	Abwaschwanne 1 ⁶⁵	Satz Schmortöpfe schwer. Ware, von 16-2 cm. m. Deck. 10 ⁷⁵
Zuckerdose 10 Pf.	Nachtgeschirr 6 ¹ Pf.	Nachtgeschirr 95 Pf.	6 Maschinentöpfe gute Qualität . . . 2 ⁹⁵
Kuchenteller weiß 38 Pf.	Waschservice bunt, groß, 3 teilig . . . 5 ⁹⁵	Waschbecken 1 ²⁵	Alumin.-EB- u. Kaffeelöffel 10 u. 6 Pf.
Speiseteller mit kleinen Fehlern . . . 18 Pf.	Gemüseschüssel rund 58 Pf.	Leitungsschoner weiß 1 ⁷⁵	Alpaka-Kaffeelöffel schwere Qual. Fadenmuster 55 Pf.
Kaffeesevice 6 Personen, m. schönen Dekoren 4 ⁹⁰	Waschkrug bunt 95 Pf.	Waschwanne Zink, mit Ventil und Holzboden 12 ⁵⁰	Alpaka-EBLöffel schwere Qual. Fadenmuster 1 ¹⁰
EBservice Kobalt, blau, für 6 Personen 48 ⁰⁰	Vorratsstollen 18 Pf.	Waschtopf mit Deckel u. Einlage 5 ⁹⁰ 4 ⁹⁰	Alpaka-EBbesteck schwere Qual. Fadenmuster, extra auf hohem Fuß, extra schwer, innen verguldet 2 ⁷⁵
6 Abendbrotsteller 95 Pf.	Kaffeesevice handgemalt, Rosenmuster 10 ⁵⁰	Waschbrett 95 Pf.	Likörbecher 1 ⁴⁵
8 Kompott-Teller 95 Pf.	EBservice 23 teilig 21 ⁰⁰	1 Schock Klammern 25 Pf.	Brotkorb verwickelt, mit dekoriert. Einlagen 1 ⁹⁵

Spezialgeschäft größten Stils! **Porzellan-Emaille-Markt Johanna Pögel** Spezialgeschäft größten Stils!
BERLIN-WILMERSDORF, BERLINER STRASSE 30-31

Tüchtige Linotypesetzer
zw. Einführung einer III. Schicht sofort gesucht. 1473b
Berliner Börsen-Zeitung
Berlin W 8, Kronenstraße 37.

Die schönsten **Strickwesten** finden Sie billigst direkt in Fabriklager **ca. 700 Stück**
Strickwaren aller Art, nur Qualitätsware, ständig am Lager!
Bleyles Kinderkleidung zu Originalpreisen!
Bruno Richter & Co. Fabriklager 800 Volkmann Bld., Pankow, Müllerstr. 1, das heißt Ihr Geschäftszitat 9-7. — Nur Einzelverkauf

Auf Kredit!
Damenkleider | Strickwesten
Damenhüte | Gardinen
Damenwäsche | Pelzkragen
sowie Steppdecken, Bett-, Tisch- und Herrenwäsche
Kleine An- und Abzahlung
Sofortige Mitgabe der Ware
Skalitzer Putzsalon
Skalitzer Straße 2

PAUL SCHENCK
REICHENGERGER STR. 30
KORNGARTEN KOTTBUSCH TOR



70.-
komplett m. 60 cm Seidenschirm f. elektrisch 70.- M.
für Gas 85.-
9.50 8.-
Aus unserer Reklame-Kollektion
Größte Musterausstellung in Berlin.

Teppiche-Inventurpreise
vom 2. Januar bis 15. Januar!
Zur Anschaffung eines Teppichs nie wiederkehrende Gelegenheit

Einige Beispiele:

Axminster ca. 170x235 M. 50.- ca. 200x300 M. 70.- ca. 250x350 M. 120.-	Bochwerdinger Wollplüschteppich mit handgeklopfter Franse 170x235 . . M. 60.- 200x300 . . M. 92.- 250x350 . . M. 150.-	Tischdecken . von M 6.- an Diwanddecken v. M. 10.- an Beste Wollplüschdiwanddecke 160x300 statt 105 - jetzt 75.-
--	--	--

Brücken / Vorlagen / Möbelstoffe / Steppdecken / Gardinen
Auf Wunsch Ratenzahlung!
Teppich-Haus Karl Schuldt
Neukölln, Berliner Straße 82 (Ecke Weichselstraße)

3u
Geschenkwegen
eigens für
Abreißkalender
1925
Der in Leipzig und Braunschweig
Kalenber Güte in feiner Ausstattung
und in frischem Glanz stehen!
Preis 2 M. 50

Besten:
das Buch für Mädchen und Jungen
Kinderland
1925
Preis 1.25 M. 50

Teile Verzinsungen sind zu
haben in der Buchhandlung
J. B. W. D. 8 und in der
Bismarckstraße 100, Berlin.
rinden rage 3. Preis 2 M. 50
Parteien bitten u. Preis 2 M. 50
und -Kaufleute haben ebenfalls
Bestellungen gern entgegen

Besonders wirksam sind die
kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Auflage **billig!**
des Vorwärts und trotzdem

Potolowskys
Inventur-Verkauf hat begonnen!
Einige Beispiele unseres billigen Angebots:

Serie 0 und I: Damen-Schnür- und Spangen-Schuhe Mk. 3 ²⁵ bis Mk. 4 ⁹⁰	Serie II und III: Eleg. Wildleder-Pumps und Schnür-Schuhe Abs. Louis XV. u. american Mk. 5 ⁹⁰ bis Mk. 6 ⁹⁰	Serie IV und V: Damen-Lack-Schnür- und Spangen-Schuhe sowie echt Chevreau und Boxcalf Mk. 7 ⁹⁰ bis Mk. 8 ⁹⁰
---	---	--

F. Potolowsky Nachf. Größtes Schuhhaus des Ostens
Berlin O., Große Frankfurter Straße 142, Ecke Fruchtstraße 82
Der weiteste Weg lohnt sich